

Anfang August 1989 wurde mit Gösta Thiemer der erste Außenstellenleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) nach Polen entsandt. Später folgten mit Roland Freudenstein (1995), Hennig Tewes (2002) und dem Autor (2004) drei weitere, die gemeinsam mit den polnischen Mitarbeitern vor Ort das Länderprogramm Polen entwickelten. Thiemer sollte im Sommer 1989 in Warschau ein erstes Büro der Stiftung im noch bestehenden Ostblock eröffnen, wo sich, ausgehend von Polen, eine bemerkenswerte Freiheitsbewegung durchzusetzen begann.

Der durch den polnischen Papst Johannes Paul II. inspirierte und gestärkte Aufbruch der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* 1980 konnte zwar fast ein Jahrzehnt lang durch die Kommunisten in Polen mithilfe des „Kriegsrechts“ und anderer diktatorischer Maßnahmen niedergehalten werden. Anfang 1989 stand das Regime unter General Jaruzelski aber vor dem Bankrott. Am 6. Februar 1989 kam es deshalb zu Verhandlungen mit der Opposition am runden Tisch. Damit standen die Polen damals – trotz Gorbatschows *Perestroika* in der Sowjetunion – noch allein auf weiter Flur. Die Gespräche mündeten am 4. Juni 1989 in halbfreie Wahlen, aus denen Tadeusz Mazowiecki im August als erster Ministerpräsident aus den Reihen der Opposition hervorging.

Diese Entwicklung war der Anlass für die KAS, ein Büro in Polen zu eröffnen. Das Engagement war zugleich ein Zeichen der Anerkennung des polnischen

Freiheitskampfes. Die Eröffnung der Außenstelle sollte am 10. November 1989 mit Bundeskanzler Helmut Kohl, der zum Staatsbesuch in Warschau weilte, im Warschauer Königsschloss stattfinden. Die Weltgeschichte kam dazwischen: Kohl musste wegen des unerwarteten Falls der Mauer abreisen, das Büro wurde ohne ihn, jedoch mit ganz neuen Perspektiven, eröffnet.

Langjährige Kontakte

Bereits früher hatte die Stiftung nach der Devise Adenauers, „die Deutschen sollten immer im Auge behalten, ein gutes Verhältnis zu Polen herzustellen“ (10. März 1961), Kontakte mit Polen geknüpft. So wurden etwa die Hilfsaktionen für Polen Anfang der 80er-Jahre unterstützt, als Polen im Kriegerecht Hunger und Mangel litt und mit der Katholischen Universität Lublin Fachkonferenzen zur christlichen Sozialethik veranstaltet. Nach 1989 konzentrierte sich die Stiftungsarbeit auf die Entwicklung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, auf die Förderung der europäischen Integration und der Zivilgesellschaft, auf den parteipolitischen Dialog sowie auf die Diskussion von politischen Fragen, sozialer Verantwortung, Werteorientierung und Erinnerungskultur. Hierzu organisiert die Adenauer-Stiftung mit einer Vielzahl von polnischen Partnern Konferenzen, öffentliche Debatten, Seminare und Dialogprogramme; sie veröffentlicht Berichte und Publikationen, vergibt Stipendien und fördert politische Bildungsprojekte im ganzen Land.

Dabei war und ist stets zu beachten, dass es sich aus historischen und politischen Gründen beim Verhältnis zum Nachbarn Polen um einen besonderen Fall handelt. Ohne die Lösung der polnischen Grenzfrage war an eine Lösung der deutschen Frage nicht zu denken. Und ohne Polen als dem sechstgrößten Land Europas, das alleine weit mehr Einwohner hat als die sieben anderen mitteleuropäischen EU-Beitrittsstaaten von 2004 gemeinsam haben, ließ sich ein gemeinsames europäisches Haus der Freiheit nicht verwirklichen. Das macht die politische Bedeutung Polens aus. Spezifisch ist das Nachbarland jedoch auch aufgrund seiner tragischen Geschichte. „Der Kern der modernen Erfahrung Polens war Demütigung“, schreibt der britische Historiker Norman Davis in seiner Geschichte Polens „Im Herzen Europas“. Diese Aussage betrifft die drei polnischen Teilungen Ende des achtzehnten Jahrhunderts, nach denen das Land, aufgeteilt an Österreich, Preußen und Russland, für 123 Jahre von der Landkarte verschwand und unter fremder Herrschaft stand, in der das Polentum nicht selten unterdrückt wurde. Es betrifft die vierte verhängnisvolle Teilung Polens am 23. August 1939 durch Hitler und Stalin, die die Grundlage für den Zweiten Weltkrieg bildete, in dem große Teile der polnischen Intelligenz von Deutschen und Russen ausgerottet wurden und in dem die von den Deutschen als „slawische Untermenschen“ angesehenen Polen eines der schwersten Schicksale zu tragen hatten durch KZ-Internierung, Ermordung, Vertreibung und Versklavung. Und es betrifft schließlich die Verschiebung Polens nach dem Kriege nach Westen, die damit verbundene Vertreibung der Deutschen und seine Eingliederung in den sowjetischen Machtbereich, weil die Interessen der Sowjetunion dies verlangten.

Als Polen schließlich 1989/90 die Freiheit gewann, war die Gesellschaft tief ge-

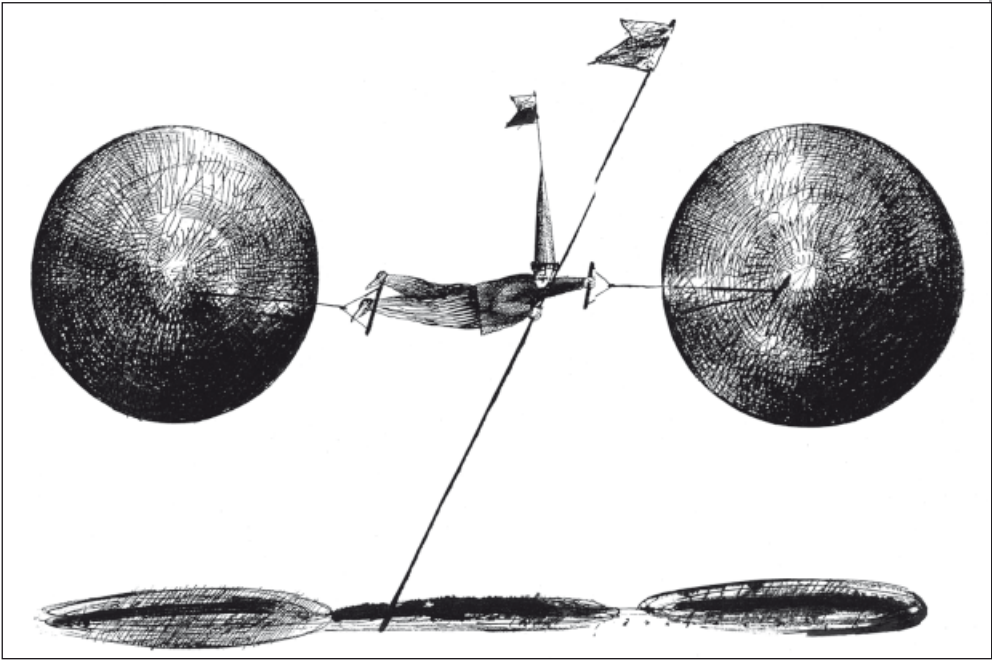
spalten in die Vertreter des Establishments und jene der Opposition sowie die vielen, die dazwischen ihr Leben zu organisieren suchten. Polen stand vor enormen Herausforderungen: Eine rechtsstaatliche Parteien-Demokratie musste aufgebaut, die Marktwirtschaft eingeführt, die damit verbundenen Transformationen bewerkstelligt und die Integration in die NATO und EU in Angriff genommen werden. Hierbei wollte und will die KAS beratend und begleitend helfen, wobei angesichts des schwierigen historisch-psychologischen Hintergrundes, der bis heute eine nicht unwesentliche Rolle spielt, das Bestreben im Vordergrund steht, zunächst gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu schaffen, Achtung und Sympathie zu begründen, damit auf diesem Boden Partnerschaft und vielleicht auch Freundschaft wachsen kann.

Ergebnisse der Stiftung

Welchen Erfolg hat die Stiftung mit ihrem Engagement in Polen in den vergangenen zwei Jahrzehnten gehabt? Was wurde erreicht, und wo liegen die Hauptprobleme, die die Beziehungen belasten? Vergegenwärtigt man sich die Entwicklung Polens, so ist zunächst einmal trotz Rückschlägen und Unzulänglichkeiten ein bemerkenswerter Erfolg festzustellen: Die Hauptherausforderungen sind gut bewältigt worden. In Polen herrschen rechtsstaatliche Demokratie und Marktwirtschaft. Der Bertelsmann Transformationsindex 2008 bescheinigt Polen in beiden Bereichen ein stabil hohes Niveau. Das Land ist zudem fest in die NATO und EU integriert.

Nach Jahren stabiler Instabilität und nach der parteipolitischen Entwicklung der letzten Jahre mit dem Regierungsantritt der liberal-konservativen Koalition aus „Bürgerplattform“ (PO) und „Polnischer Volkspartei“ (PSL) gibt es erstmals Aussicht auf eine gewisse politi-

„Balancemeister“, Zygmunt Januszewski



sche Stabilität im Rahmen des von dem postkommunistischen „Bündnis der Linken Demokraten“ (SLD) und der national-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) gebildeten Vierparteien-Systems. Hier hat die KAS insbesondere durch ihre politischen Dialogprogramme mit den CDU/CSU-Partnerparteien PO und PSL, aber auch im kritischen Dialog mit der PiS in den letzten Jahren einen Beitrag leisten können.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist, wie sich gerade in der derzeitigen Weltwirtschaftskrise zeigt, stabil und schließt in manchen Boomregionen wie Warschau, Breslau, Posen oder Danzig an das Niveau im Osten Deutschlands an, wenngleich Polen insgesamt wohl noch etwa 20 Jahre brauchen wird, bis es das durchschnittliche Lebensniveau der alten EU-Staaten erreicht. Die KAS wirkt hier durch ihr Leitbild einer Sozialen Marktwirtschaft, die wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit verbindet, in

der Diskussion mit. Hatte die PO die Parlamentswahlen 2005 gegen die PiS noch wegen deren Parole eines „solidarischen anstelle eines liberales Polen“ verloren, so ging sie bei den Wahlen 2007 auch auf die sozialen Belange ein, was zu ihrem Wahlsieg beitrug.

Problemfeld Zivilgesellschaft

Allein bei der Ausbildung einer funktionstüchtigen Zivilgesellschaft, verstanden als Kompensationsorgan für die von Markt und Staat ausgehende Bewegungsdynamik, gibt es größere Schwierigkeiten. Polnische Soziologen stimmen darin überein, dass die Zivilgesellschaft nur in einem wenig zufriedenstellenden Maße verwirklicht wurde. Sie ist aber, wie auch Papst Benedikt XVI. in seiner jüngsten Sozialzyklika *Caritas in veritate* betont, unter den Bedingungen der Gegenwart zur Realisierung von Gerechtigkeit unabdingbar. Diesbezüglich hilft die KAS, indem sie zivilgesellschaftliche Organisa-

tionen fördert und mit ihnen gemeinsam Programme durchführt. Dabei gilt es, vor allem die Prinzipien der Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstbeteiligung zu beachten, da sich über die Jahre bei manchen eine Empfängermentalität einstellt, für die die Förderung bereits selbstverständlich ist.

Die Stiftung sei mit ihrer Arbeit in Polen, wie es in einem Evaluationsbericht von 2008 heißt, weithin sichtbar. Ihr Wirken in Gesellschaft und Politik als dialogisches Forum im Sinne einer der parlamentarischen Demokratie angemessenen politischen Kultur und Zivilgesellschaft erfahre breiteste Anerkennung, was gerade in schwierigen, ideologisch zerklüfteten und vom Freund-Feind-Denken beherrschten Zeiten bemerkenswert sei. Sie vermittele einerseits deutsche Politik und Politiker nach Polen, andererseits aber auch „in sachkundiger und präziser Weise, aktuell und auf hohem Niveau Informationen über polnische Vorgänge und Hintergründe nach Deutschland“.

Weiter um Vertrauen werben

Dieser Erfolg, wie ihn die Evaluation diagnostiziert, sollte aber nicht blind machen für die nach wie vor bestehenden Probleme und Barrieren. Nicht nur die Zeit der sogenannten „IV. Republik“ in Polen 2005 bis 2007 unter der national-konservativ populistischen Regierung der PiS der Gebrüder Kaczyński, sondern auch der Streit um die Causa Steinbach – beides zeigt deutlich die Grenzen der Arbeit auf und lehrt eine gewissen Demut hinsichtlich der Wirkung des jahrelangen Engagements. Denn schlagartig wurde bewusst, wie groß manchmal noch das Unverständnis und Misstrauen und wie geradezu feindselig manchmal noch das Klima gegenüber dem deutschen Nachbarn ist. Hier gilt es weiter, freundschaftlich, aber auch ehrlich um Vertrauen zu werben, Verbindungen zu knüpfen und Begegnung zu ermöglichen.

Gewiss, die Belastungen aus der Geschichte wirken weiter: Das gilt in Bezug auf das deutsch-polnische Verhältnis wie für die Überwindung der Hinterlassenschaften der kommunistischen Zeit. Hinzu kommen die Ungleichgewichtigkeit der Länder, die Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen sowie aktuelle politische Interessenunterschiede, wie sie sich etwa bei der Ostsee-Gaspipeline, in der Ost- und Europapolitik bemerkbar machen. Das führt zu Spannungen. Trotzdem haben wir viel erreicht, wovon wir vor zwanzig Jahren kaum zu träumen wagten. Dazu gehört auch die Klärung der sensiblen Fragen bezüglich Grenze und Restitution, die nur noch für dumme Populisten ein Grund zum Streit sind. Selbst die gegenseitigen negativen Einstellungen zwischen Deutschen und Polen haben sich zu einer erstaunlich positiven Offenheit und hohen Akzeptanz hin gewandelt, wie einschlägige Umfragen zeigen.

Auf dieser Grundlage lässt sich aufbauen. Es ist an der Zeit, über die Barrieren hinweg die neu gewonnenen Chancen in den deutsch-polnischen Beziehungen zu entdecken, die sich aus den grundlegend positiven Rahmenbedingungen und Entwicklungschancen ergeben. Ob wir diese Chancen in einem partnerschaftlichen Miteinander nutzen oder aber in einem konkurrierenden Gegeneinander verharren wollen, das ist die strategische Grundentscheidung. Die liberal-konservative Regierung von Donald Tusk und die christdemokratisch geführte Regierung Angela Merkels haben sich für einen partnerschaftlichen Weg entschieden. Denn gemeinsam lassen sich die großen Herausforderungen in Bezug auf die Entwicklung der Märkte und Finanzen, der Arbeitsplätze und Sozialsysteme und unserer Sicherheit besser angehen.

Nähere Informationen zur aktuellen Arbeit der Adenauer-Stiftung in Polen, Berichte und Publikationen gibt es auf der Homepage unter www.kas.de/polen.